

UDB Info 10/2019

UDB Info

Unabhängige
Demokratische
Bürger Inden e.V.



www.udb-inden.de

www.facebook.com/UDB.Inden

Ausgabe 16
Oktober 2019
9. Jahrgang

Doppelhaushalt 2019/2020 verabschiedet. UDB trägt Geldverschwendung nicht mit.

Mit den Stimmen der UDB wurde eine weitere Anhebung der Steuersätze in Inden verhindert. Bereits in der Hauptausschusssitzung am 26.06.2019 wurde einstimmig beschlossen, die Steuerhebesätze für 2020 unverändert auf dem Stand von 2019 zu belassen. So weit, so gut.

Den am 12. September 2019 von SPD/ CDU und GRÜNEN verabschiedeten hochdefizitären Doppelhaushalt für 2019/ 2020 trägt die UDB allerdings nicht mit.

Hierfür gibt es gute Gründe:

Bei, trotz verbesserter Rahmenbedingungen, immer noch ausgewiesenen Defiziten in Höhe von rund -5,5 Mio. € für 2019 und rund -4,5 Mio. € für 2020, hilft die berechnete Forderung nach einer besseren Finanzausstattung der Kommunen durch Bund und Land allein nicht weiter. Vielmehr müssen die Kommunalpolitiker vor Ort mit klugen Entscheidungen im eigenen Verantwortungsbereich die Weichen für eine positive Gemeinde- und Haushaltsentwicklung stellen.

Aus Sicht der UDB hat die große Koalition hier jämmerlich versagt.

Die, schon in den Diskussionen während der Haushaltsplanberatungen in den Fachausschüssen, von der UDB aufgezeigten Fehlentwicklungen wurden von der SPD/CDU-Koalition weitestgehend ignoriert.

Es gibt viele „hausgemachte“ Gründe für die Situation, die SPD/ CDU, oft unter Beteiligung der Grünen zu verantworten haben:



Zunächst sei hier die **Erweiterung der Grundschule** am aus Sicht der UDB falschen Standort genannt: Zu Beginn der Planung wurden Kosten in Höhe von 900.000 € angesetzt. Im aktuellen Haushaltsplan sind bereits 1,4 Mio. € eingeplant-dabei wurde mit dem Bau noch nicht einmal begonnen. Die Kosten für die übergangsweise erforderlichen Klassenraum-Container in Höhe von 58.000 € sind in der Gesamtsumme dabei noch gar nicht enthalten. Aus Sicht der UDB wäre das Kirchengrundstück in Lucherberg der bessere Standort auch im Hinblick auf eine zukünftige Erweiterung gewesen – diese könnte schneller nötig werden, als manche meinen, denn unsere Gemeinde wächst z.B. auf dem Gelände der alten Brikettfabrik!

Des Weiteren sind die teure Entscheidungsschwäche der GroKo bei der **Flüchtlingsunterbringung**, das Stückwerk bei der **Erweiterung des Feuerwehrgerätehauses** Frenz oder die **Etatan-**

hebung für Rechtskosten im Dauerstreit „Bürgermeister gegen Ratsmehrheit“ der damit schon jetzt einen sicheren Verlierer hat: Den steuerzahlenden Bürger!

Hinzu kommen Entscheidungen ohne Weitsicht, wie die Streichung des Haushaltsansatzes für eine **zweite Zufahrt in das Gewerbegebiet Pier**, die die UDB sowohl aus Sicherheitsaspekten als auch zur Aufwertung gefordert hatte – oder die teilweise **Verlagerung der Jugendarbeit nach Langerwehe** unter Vernachlässigung der 129 Jugendlichen in Schophoven.

Die sture Ignoranz der Ratsmehrheit bezüglich der Faktenlage hinsichtlich der **Nachforderung der Schmutzwassergebühr** wird wohl nur gerichtlich zu korrigieren sein. Zurzeit sind rd. 160 Widersprüche bei der Verwaltung eingegangen und bereits zwei Klagen anhängig.

Diese Fehlentscheidungen, Geldverschwendung und Politik ohne Weitsicht trägt die UDB Inden nicht mit und hat daher den Haushalt 2019/2020 in der Ratssitzung am 12.09.2019 abgelehnt.

Näheres hierzu lesen Sie auf den folgenden Seiten dieser Ausgabe.



Unterbringung der Flüchtlinge Teure Entscheidungsschwäche von SPD/CDU

Am Beispiel der Flüchtlingsunterbringung von notwendigen Haus-

Jugendarbeit teilweise nach Langerwehe verlagert –

terbringung wird die Geldverschwendungspolitik der SPD/CDU-Koalition besonders deutlich:

Seit 2015 werden die unserer Gemeinde zugewiesenen Flüchtlinge teilweise in Containern und sogenannten „Chalets“ untergebracht. Im Haushaltsjahr 2019 werden alleine für Mieten, Abschreibungen und Bewirtschaftungskosten Aufwendungen in Höhe von rund 290.000 € fällig.

Diese jährlichen Kosten fallen zum Teil bereits seit 2015 an und werden im Haushaltsplan für zwei weitere Jahre bis 2021 in vergleichbarer Höhe fortgeschrieben:

Bis zum Jahr 2021 wird die Gemeinde Inden damit rund 730.000 € für Bewirtschaftung, rund 320.000 € für Abschreibungen und rund 600.000 € für Mieten der mobilen Flüchtlingsunterkünfte gezahlt haben. Das sind insgesamt fast 1,7 Mio. €.

Bereits in der Ratssitzung am 22.10.2015, also vor fast vier Jahren, wurden einstimmig der Erwerb von drei Baugrundstücken sowie die außerplanmäßige Bereit-

haltungsmitteln zur Errichtung eines ersten Wohnhauses beschlossen. Die Grundstücke wurden erworben, Planungskosten wurden verausgabt, aber der Bau des Wohnhauses wurde bis heute durch die Mehrheitskoalition verhindert.

Stattdessen werden für Mobilwohnheime jährlich weiterhin rund 250.000 € für Mieten, Abschreibungen und unwirtschaftliche Betriebskosten ausgegeben.

Hätte man diese Mittel zeitig in den Bau von Wohnhäusern gesteckt, so hätte man viel Geld sparen können und außerdem eine menschenwürdigere Unterbringung erreicht.

Bei einem historisch niedrigen Zinsniveau und mit der Inanspruchnahme von Zuschüssen von Bund und Land hätten dauerhafte Werte in Form von Immobilien für unsere Gemeinde geschaffen werden können. Die jährliche Belastung für unsere Bürger wäre deutlich niedriger gewesen.

Auch hier hat die große Koalition versagt. Das Geld ist für immer verloren – ohne damit bleibende Werte geschaffen zu haben.

Wird Schophoven vernachlässigt?

SPD/CDU und GRÜNE haben per Dringlichkeitsentscheidung der vom Kreis diktierten Kooperationsvereinbarung zur teilweisen Verlagerung der Jugendarbeit von Inden nach Langerwehe zugestimmt.

Die Betreuungskraft der Gemeinde Inden soll demnach die Jugendarbeit am Standort Heistern für 212 junge Menschen aus der Gemeinde Langerwehe mitübernehmen. Dies bedeutet eine Kürzung der bisherigen Jugendarbeit am Standort Inden. Bemerkenswert hierbei ist, dass gemäß dem zugrunde liegenden Konzept für unsere 129 Kinder und Jugendlichen in Schophoven eine Maßnahmenplanung auf Grund der „territorialen Lage und der Bedarfe der jungen Menschen vor Ort“ erst gar nicht für erforderlich gehalten wird.

Die UDB hat dieser Kooperationsvereinbarung ausdrücklich nicht zugestimmt. Schophoven gehört zur Gemeinde Inden. Auch die „territoriale Lage“ ändert hieran nichts! Überlegungen zur Erarbeitung von ansprechenden Angeboten mit und für die Kinder und Jugendlichen aus Schophoven halten wir für erstrebenswert.

Erweiterung Feuerwehrgerätehaus Frenz Ratsmehrheit kürzt Planansätze – Stückwerk?

Gegen die Auffassung der UDB wurden die Planansätze für den Erweiterungsbau des Feuerwehrgerätehauses in Frenz für 2019 von 150.000 € auf 115.000 € und für 2022 von 150.000 € auf 30.000 € von der Ratsmehrheit gekürzt. Mit diesen Ansätzen soll in 2019 der Bau des Sozialtraktes und erst in einem zweiten Schritt in 2022 die erforderliche Fahrzeughalle (in Form einer Garage) finanziert werden.

Die UDB befürchtet, dass durch die zeitversetzte und damit teils in die Zeit nach der Kommunalwahl verschobene Ausführung am Ende

nicht nur Stückwerk entstanden ist, sondern auch die veranschlagten Kosten nicht eingehalten werden können.

Der in der Hauptausschusssitzung am 06.06.2019 gestellte UDB-Antrag auf Realisierung des Gesamtvorhabens in einem Zug und Bereitstellung der hierfür erforderlichen Haushaltsmitteln für 2019 in Höhe von 180.000 € wurde von GroKo und den GRÜNEN abgelehnt.



Personallen aus der UDB-Fraktion

Sachkundige Bürger sollen laut Gemeindeordnung NRW die Ausschüsse mit ihrer Expertise unterstützen und Bürgerinnen und Bürger unserer Gemeinde enger mit der politischen Arbeit verzahnen.

Die UDB-Fraktion möchte hier drei neue sachkundige bzw. stellvertretende sachkundige Bürger vorstellen; in zwei Fällen übernehmen sie Aufgaben von Kollegen, die aus beruflichen und persönlichen Gründen aus der Fraktionsarbeit ausgeschieden sind und deren Engagement hier sehr geschätzt wurde. Eine ehrenamtliche Stelle wurde neu besetzt:



Stephan Breuer (50) wurde am 27.06.2019 vom Rat einstimmig zum stellvertr. sachkundigen Bürger im Bau- und Vergabeausschuss gewählt.

Nachforderung von Abwassergebühren Rechtmäßigkeit wird gerichtlich geklärt

Gegen die Stimmen der UDB wurde im Dezember 2018 von der Ratsmehrheit eine Gebührennacherhebung von Schmutzwassergebühren beschlossen. Ausführliche Begründungen der UDB bezüglich der möglichen Rechtswidrigkeit einer solchen Nachforderung konnten SPD/CDU und GRÜNE nicht überzeugen. Die Bescheide mit Nachforderungen in Höhe von insges. rd. 400.000 € wurden im Mai dieses Jahres an die Haushalte versandt.

Das Ergebnis sind aktuell etwa 160 Widersprüche betroffener Bürgerinnen und Bürger, bereits einige Klagen und ein kaum zu bewältigender Arbeitsaufwand in der Verwaltung. Wir gehen nach wie vor davon aus, dass diese Gebührennachforderung keinen Bestand haben wird und die Gebühren letztendlich an die Gebührenzahler zurückgezahlt werden müssen. Mit Spannung erwarten wir die Urteile in den Klageverfahren.

Jetzt auch in Facebook: Unabhängig, demokratisch, bürgernah



Es tut sich etwas in der Öffentlichkeitsarbeit der UDB Inden e.V.: Im Internet sind wir jetzt zusätzlich mit einer Facebook-Seite am Start!

Am 1. Oktober drückte unser Medien-Team, durchweg besetzt mit den Internet-erfahrenen und politisch aktiven UDB-Mitgliedern Stephan Laven, Stefan Pfennings, Gregor Krzenziessa-Kall und Stephan Breuer (sitzend v.l.n.r.) im Beisein des Vereinsvorsitzenden Heinz Belien und des Fraktionsvorsitzenden Herbert Schlächter sowie der Ratsherren Hermann-Josef



Stephan Laven (43) ist bereits seit dem 13.12.2018 als stellvertr. sachkundiger Bürger im Sozial-, Sport und Kulturausschuss in unserer Fraktion.



Stefan Pfnennings (48) wurde in der Ratssitzung am 12.09.2019 zum sachkundigen Bürger im Sozial-, Sport- und Kulturausschuss gewählt.

Wie alle Fraktionsmitglieder stehen Ihnen auch die drei bei Fragen und Anregungen zu unserer politischen Arbeit zur Verfügung.

Impressum:

Unabhängige Demokratische Bürger Inden e.V.
eingetragen in das Vereinsregister unter
VR 2330 beim Amtsgericht Düren
1. Vorsitzender UDB-Inden e.V. (i.S.d.P.):
Heinz Bellen, Am Lügberg 7, 52459 Inden
Telefon: 0 24 23 / 39 07, Fax: 0 24 23 / 9 09 99 54
Fraktionsvorsitzender UDB-Inden Fraktion:
Herbert Schlächter, Gruntalstraße 37, 52459 Inden
Telefon: 0 24 65 / 28 92
info@udb-inden.de

© Text- und Bildmaterial: UDB-Inden e.V.

unverwundlichen Herbert Schlächter sowie der Ratsherrin Herrmann-Josef Schmitz und Manfred Meurers symbolisch den Startknopf.

Mit der Facebook-Seite möchte die UDB bürgernah den veränderten Bedingungen im Internet Rechnung tragen und Bürgerinnen und Bürgern kompakte Informationen anbieten. Um keine Neuigkeiten zu verpassen, kann die UDB-Seite auch aboniert werden! Und über ein „Gefällt mir“ freuen wir uns natürlich auch! Schauen Sie also mal vorbei und empfehlen Sie uns weiter: www.facebook.com/UDB.Inden

Natürlich bleibt die UDB-Internetseite unter www.udb-inden.de als Anlaufstelle für ausführliche Information erhalten. Und natürlich finden Sie immer wieder Nachrichten von uns im Mitteilungsblatt und im UDB-Info, das übrigens mit dieser Ausgabe zum 16. Mal erscheint!



Mitgliederversammlung Vorstandswahlen

Auf der Mitgliederversammlung der Unabhängigen Demokratischen Bürger Inden e.V. am 11.09.2019 standen neben den obligatorischen Geschäftsberichten die turnusmäßigen Vorstandswahlen auf dem Programm:

Der Verein geht – bis auf eine Position – unverändert mit dem bewährten, von der Mitgliederversammlung einstimmig bestätigten Vorstand in die beiden kommenden, ereignisreichen Jahre:

Heinz Bellen führt den Verein weiterhin als 1. Vorsitzender, Herbert Schlächter bleibt 2. Vorsitzender und Manfred Meurers Stellvertreter. Gregor Krzeniessa-Kall wurde als 1. Geschäftsführer bestätigt. Neu ist das Amt des Schatzmeisters besetzt: Hier rückt Stephan Laven in den geschäftsführenden Vorstand auf.

Hermann-Josef Schmitz steht im erweiterten Vorstand weiterhin als 2. Geschäftsführer zur Verfügung. Als Beisitzer/innen fungieren Ingeborg Bellen, Gerd Breuer, Stephan Breuer, Heinz-Hubert Drewitz, Georg Flatten, Mirko Grube, Günter Hauke, Tertia Jongen, Hans Pötter und Karl-Heinz Winkel.

Natürlich war auch der Gemeindehaushalt Thema auf der Versammlung. Herbert Schlächter verdeutlichte die Haltung der UDB-Fraktion zum Umgang der GroKo/Grünen mit dem Steuergeld der Bürger, die folgerichtig zu einer Haushaltsablehnung führen mußte.

Zum Abschluss der Versammlung richtete der 1. Vorsitzende Heinz Bellen den Appell an die Indener Bürgerinnen und Bürger, sich politisch zu engagieren, damit in unserer Gemeinde unabhängige Politik eine feste Größe bleibt!

Auswirkungen des Klimawandels auf die Gemeinde Inden

Der Gemeinderat hat in der letzten Ratssitzung die Auswirkungen des Klimawandels auf die Gemeinde Inden diskutiert. Dem lag ein gemeinsamer Antrag von CDU- und SPD-Fraktion zugrunde, durch die Verwaltung alle Maßnahmen auflisten zu lassen, die in der Vergangenheit in der Gemeinde unter dem Aspekt des Klimaschutzes realisiert worden sind. Diese Übersicht soll Grundlage für die weiteren Beratung im Fachausschuss sein. Der Beschlussvorschlag wurde mit den Stimmen der UDB einstimmig angenommen.

Die UDB hat weiterhin ange-regt, dass die Verwaltung das Un-

terstützungsangebot des Landes NRW annimmt.

Das Land unterstützt die Städte und Gemeinden künftig dabei, Maßnahmen zur Klimaanpassung umzusetzen. Die Beratung baut eine Brücke, um das Know-how der Verwaltungen vor Ort mit erprobten Konzepten und Maßnahmen und der Nutzung geeigneter Förderprogramme zu verbinden. Es geht darum, die Kommunen weiter für das Thema zu sensibilisieren und Hilfestellungen bei der Entwicklung von Anwendungskonzepten zu geben. Zudem soll auch über mögliche Fördermittel informiert werden.



„Schlichten statt richten“...

...unter diesem Motto steht die Tätigkeit der Schiedsmänner und Schiedsfrauen.



In seiner Sitzung am 12.09.2019 wählte der Rat der Gemeinde Inden die bisherigen Schiedspersonen Hermann-Josef Schmitz für eine weitere Amtszeit von 5 Jahren zum Schiedsmann und Katja Sabine Bäcker zur stv. Schiedsfrau einstimmig wieder.

Nach der Wahl bedankte sich

Schiedspersonen sind als Organ der Rechtspflege ehrenamtlich tätig. Sie sind Schlichter bei bestimmten strafrechtlichen Tatbeständen: Beleidigung, Verleumdung, üble Nachrede, Hausfriedensbruch, leichte Körperverletzung, Bedrohung und Verletzung des Briefgeheimnisses.

Bei all diesen Delikten muss vor der Erhebung einer Privatklage beim Amtsgericht ein Sühneverfahren beim Schiedsamt durchgeführt werden.

Ebenso können, ohne das Gericht zu bemühen,

zivilrechtliche Streitigkeiten vor dem Schiedsamt verhandelt werden. Hierzu zählen z.B. die in §906 BGB geregelten Einwirkungen auf das Nachbargrundstück.

Unter anderem geht es darum, die Gerichte zu entlasten und oft erhebliche Prozesskosten zu vermeiden.

Informationen, wie man die UDB Inden e.V. aktiv oder fördernd unterstützen kann, gibt gerne jedes oben genannte Vorstandsmitglied!

Hermann-Josef Schmitz, auch im Namen seiner Kollegin Katja Sabine Bäcker, für die einmütige Wiederwahl.

Die Schiedspersonen sind über die Gemeindeverwaltung zu erreichen.

Gemeinsam!
Für Alle. Für Inden.

unabhängig denken
demokratisch handeln
bürgernah entscheiden